Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 02. - 04. Oktober 2026

A1: Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert - Programmatisches Papier (Entwurf)

ÄNDERUNGSANTRAG Ä24

*Antragsteller*in:* *Martin Pilgram*

Antragstext

Von Zeile 5 bis 9:

Doch Frieden ist kein Zustand, den man nur wünschen kann; er muss ~~geschützt~~erarbeitet werden. Russlands ~~imperialer~~ Angriffskrieg, hybride Angriffe auf unsere Demokratien und die schwindende Verlässlichkeit der USA zwingen Europa, mehr Verantwortung für ~~seine Sicherheit~~die Friedenssicherung zu übernehmen. Diese Bedrohung bestimmt das notwendige Maß unserer Verteidigungsfähigkeit und damit auch die

Von Zeile 11 bis 15:

Unsere Grundformel lautet: ~~Wehrhaftigkeit ist das Mittel, Abrüstung bleibt das Ziel. Wir rüsten nicht, weil wir an Waffen glauben, sondern damit niemand glaubt, uns angreifen zu können. Und wir sagen ebenso klar: Rüstung dient der Politik - niemals umgekehrt.~~ Konflikte gewaltfrei lösen, Abrüstung bleibt das Ziel. Wir rüsten nur zur Selbstverteidigung wie es das Grundgesetz vorgibt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ . Und wir sagen ebenso klar: Rüstung dient nur der Verteidigung. Für Deutschland gilt dabei: Deutsche militärische Macht darf nur europäisch eingebettet, völkerrechtlich gebunden und gemeinsam

Von Zeile 42 bis 43 löschen:

Der Maßstab unserer Rüstung ist die ~~reale~~ Bedrohungslage - nicht Symbolzahlen, nicht Industrieinteressen, nicht Prestige. Mehr Geld ersetzt keine Strategie.

Von Zeile 134 bis 136 löschen:

- Ja zu Lieferungen an EU-, NATO- und gleichgestellte Wertepartner sowie an Staaten, die sich ~~- wie die Ukraine -~~ völkerrechtskonform gegen einen Angriff verteidigen, sofern die Lieferungen Teil einer abgestimmten

Begründung
reale Bedrohungslage: wer definiert die Bedrohungslage. Die Bedrohungslage ist eine politische Einschätzung, es wird immer mehrere Meinungen zur Bedrohungslage geben.
die Ukraine verteidigt sich gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg durch Russland. Ob sie das in jedem Fall völkerrechtskonform macht ist die Frage.